

an das revolutionäre Projekt der Oktoberrevolution hatte sich schrittweise ergeben, es war kein Programm von Anfang an, sondern das Resultat aus immer erschreckenderen Einsichten in den tatsächlichen Zustand der Sowjetgesellschaft, die Gorbatschow zu immer radikaleren Maßnahmen trieben, bis schließlich im Frühjahr 1989 die vollständige Übernahme der Grundsätze rechtsstaatlicher Demokratien und sozialstaatlicher Marktwirtschaften auf dem Programm stand.

Für das Ende des Ost-West-Konflikts wurde es entscheidend, daß Gorbatschow auch dann noch an diesem Programm festhielt und es gegen vielfache Widerstände zu behaupten wußte, als deutlich wurde, daß eben dieses Programm zu einer Auflösung des Sowjetimperiums führte. Diese Auflösung war keineswegs in seinem Sinne. Aber nachdem jeder Einsatz militärischer Gewalt gegen Unabhängigkeitsbewegungen jedweder Art die Perestroika zum Scheitern zu bringen drohte, waren ihm die Hände gebunden. Er konnte wohl noch taktieren, aber letztlich nicht mehr verhindern, daß sich die Nationalitäten gegen die Moskauer Zentrale auflehnten und die Länder des Warschauer Pakts von der Einparteienherrschaft befreien, die Stalin ihnen aufgezwungen hatte. Der Fall der Berliner Mauer markiert darum sehr präzise das Ende des Konflikts: Nachdem sich die Sowjetführung den Rückgriff auf die Repression auch dort versagte, wo sie formal als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs präsent war, war definitiv klar, daß es keinen Ostblock mehr gab. So überdeckte und transzendierte der Ausfall der einen Konfliktseite die noch laufenden Bemühungen um eine Eindämmung des Konflikts.

Es verdient abschließend festgehalten zu werden, daß es die führenden Repräsentanten des Sowjetsystems selbst waren, die diese Entscheidungen getroffen haben. Sie agierten nicht etwa aus einer Frustration ihrer Revolutionshoffnungen; diese hatten sich im mühevollen Kampf ums Überleben in Wahrheit schon längst verflüchtigt. Vielmehr wurden sie durch die Zwänge der industriellen Entwicklung ihres Imperiums getrieben und orientierten sich an der Erfahrung mit westlichen Kooperationspartnern, die die Doktrin vom Klassenfeind Lügen strafen.

Insofern – jetzt bin ich beim Kommentar – dürfen sich diejenigen, die beharrlich auf Wandel durch Annäherung gesetzt hatten, einen gewissen Anteil an der Überwindung des Sowjetsystems zugute halten, nicht aber die Verfechter eines einseitig militanten Auftretens, die die Einkreisungsängste auf der sowjetischen Seite im Gegenteil immer wieder bestärkt hatten. Die Rede vom Sieg des Westens im Kalten Krieg ist darum in der Hauptsache irreführend. Zu registrieren ist hier weder ein militärischer Sieg noch ein politischer Durchbruch der Westmächte im Osten. Vielmehr haben sich die Prinzipien der westlichen Zivilisation auch im bisherigen Machtbereich der Sowjetunion als Programm durchgesetzt. Das ist neben und vor dem Erfolg westlicher Entspannungspolitik vor allem ein Sieg der sowjetischen

Reformelite, die genügend Mut und Tatkraft besessen hat, ihr Land aus dem Gewebe von organisiertem Mißtrauen, verkrusteten Dogmen und lähmender Repression zu befreien, in dem es zu ersticken drohte. Es ist in gleichem Maße natürlich auch ein Sieg all der Reformer und Revolutionäre in den Ländern des Sowjetimperiums, die in unsicheren Zeiten viel riskiert haben, um diesen Prinzipien zum Durchbruch zu verhelfen.

Zwei Elemente eines Siegs des Westens sind in dem Geschehen allerdings doch auszumachen. Nach der Reagan-Administration ließ sich auch die Bush-Administration aus Vorsicht und Unkenntnis bemerkenswert viel Zeit, ehe sie den Reformprozeß in der Sowjetunion dann doch aktiv unterstützte. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Hilfestellung blieb sie bis zum Schluß weit hinter dem Möglichen und Sinnvollen zurück. Dann nahmen weder Bush noch Kohl bei der Durchsetzung der Zugehörigkeit des vereinten Deutschlands zur NATO auf Gorbatschows innenpolitische Stellung sonderliche Rücksicht. Wieweit beide Entscheidungen dazu beitrugen, einen geordneteren Übergang von der Sowjetunion zu den postkommunistischen Gesellschaften zu verhindern, als wir ihn gegenwärtig erleben, werden erst künftige Analysen der Moskauer Entscheidungsprozesse vor dem Putschversuch vom August 1991 zeigen. Aber daß beide Momente beim Scheitern Gorbatschows eine Rolle spielten, sollte bei aller Einsicht in die moralische und realpolitische Unabdingbarkeit des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik anerkannt werden. „Die Tatsache, daß Gorbatschow die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands akzeptierte“, so erklärte sein kurzzeitiger Außenminister Bessmertnych 1991, „war eine der meist gehaßten Entwicklungen in der Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, und sie wird es für die nächsten Jahrzehnte auch bleiben.“ Wie alle großen politischen Entscheidungen, so hatte auch diese – für die Deutschen und ihre Verbündeten relativ bequeme – Lösung der deutschen Frage ihren Preis. Ich sage das nicht notwendigerweise als Kritik, wohl aber als Hinweis auf das Erbe, mit dem wir nun umzugehen haben. Danke (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ihnen beiden herzlichen Dank. Wir steigen jetzt in die Diskussion ein, und zwar in der Weise, wie ich es vorhin angedeutet habe. Wir beginnen mit einem kurzen Statement von Herrn Professor Jacobsen.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Jeder Wissenschaftler, der vor der Frage steht, sich mit den internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik zu befassen, steht vor fast unüberwindlichen Hindernissen. Die Vielzahl der Bestimmungsfaktoren ist das eine, die Gewichtung das andere, die Interdependenz, die wechselseitigen Beziehungen der einzelnen Faktoren ist ein Drittes. Dies alles zusammengenommen führt uns zu großen Schwierigkeiten, ob wir überhaupt in der Lage sind, in der jeweiligen historischen Situation angemessen herauszuarbeiten, was was bestimmt hat und warum es so und nicht anders gelaufen ist.